

KGW's Rundschreiben

22.04.2015
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Bereits seit 2009 haben wir die Euro-Krise und es ist nicht abzusehen, wie lange sie noch andauern wird. Sie vereint Banken, Staatsschulden und Wirtschaftskrise in sich. Begünstigt wurde sie 2007 durch die US-Immobilienkrise, die sich zur globalen Bankenkrise ausweitete. Die Staatsschulden der unterschiedlichen Länder (hier sind die Peripherieländer Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien zu nennen) veranlassten die „Reichen“, im Norden Europas angesiedelten Länder, zu helfen. Parallel zu den Rettungsschirmen „EFSF“ (Finanzstabilisierungsfazilität) und den „ESM“ (Stabilitätsmechanismus) wurden politisch umstrittene Rettungsschirme verabschiedet. Gleichzeitig intervenierte die Europäische Zentralbank durch Senkung der Leitzinsen und zusätzlicher Ankaufprogramme für Staatsanleihen. Der Europäische Fiskalpakt sowie die zwischenzeitlich verabschiedete Bankenunion sollten das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht der Eurostaaten ausgleichen. Sämtliche Maßnahmen haben bis heute leider nicht den gewünschten Erfolg gebracht.

In Zeiten flexibler Wechselkurse konnten die einzelnen Länder in Europa unterschiedliche Preisniveaus mit einem Wechselkursmechanismus ausgleichen. Seit Einführung des Euro gibt es allerdings keinen Wechselkurs mehr, der die diese Funktion übernehmen könnte. Somit führt eine höhere Inflation zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Nach Einführung der Gemeinschaftswährung stellten sich starke Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz der Mitgliedsstaaten ein. Die Leistungsbilanz eines Landes zeigt auf der Aktivseite als wichtigsten Bestandteil die Waren- und Dienstleistungsexporte, auf der Passivseite die entsprechenden Importe eines Landes. Importiert ein Land demnach mehr als es exportiert, so ergibt sich ein negativer Saldo in der Leistungsbilanz (Leistungsbilanzdefizit). Exportiert es mehr, ist das Saldo positiv (Leistungsbilanzüberschuss). Seit geraumer Zeit kritisieren andere europäische Länder die deutsche Exportstärke. Deshalb bedrängen Politiker exportschwacher Länder Deutschland, seine Exporte zu reduzieren. Diese Kritiker berücksichtigen aber nicht, dass starke deutsche Unternehmen dahinter stehen, die mit entsprechenden Kalkulationen und Preisen international wettbewerbsfähig sind. Würde man nicht gute Qualität zu wettbewerbsfähigen Preisen anbieten, würde im Ausland niemand die deutschen Produkte kaufen. Deutsche Unternehmen könnten wiederum nicht anbieten, wenn ihre Marge nicht ausreichend wäre. Sind die Unternehmen der anderen Länder international weniger stark als deutsche aufgestellt, steht „Made in Germany“ als Exporteur auf Platz 1. Es wird wohl der G20-Runde nicht gelingen, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen einzuschränken und somit den Zugang zu internationalen Märkten zu sperren.

Mit dem billigen Geld der Mario-Draghi-Politik treiben die Notenbanken die Börsenkurse nach oben. Aktien, Renten und andere Finanztitel werden monetär aufgebläht, während Währungen an Wert verlieren. Die Null-Zins-Politik der EZB kostet deutsche Sparer Milliarden. Über die kräftigen Einsparungen kann sich Vater Staat allerdings nur freuen. Laut einer Analyse des genossenschaftlichen Zentralinstituts DZ sind den Sparern in den vergangenen 5 Jahren Zinseinkünfte in Höhe von 190 Milliarden Euro versagt geblieben. Diese Entwicklung treibt die Sparer in Sachwerte (Immobilien, Gold, etc.) und darüber hinaus (mit entsprechenden Risiken) auf den Aktienmarkt. Es könnte im Laufe dieses Jahres aber zu einer Ernüchterung kommen. In Bankkreisen spricht man davon, dass 2015 ein entscheidendes Jahr sein wird, in dem die exzessive Geldpolitik die schleichende Enteignung (durch Negativzinsen und Abwertungen) spürbar werden lässt. Billiges Geld macht süchtig nach Konsum. Sollten allerdings die Zinsen erhöht werden, trifft es die Anleger in Betongold wie seinerzeit beim Crash von Lehman Brothers. Gleichzeitig ist das Risiko groß, dass die Konjunktur, die auf billigem Geld aufgebaut ist, wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Lässt man die Zinsen allerdings weiter niedrig, pumpt man die Kreditblase weiter auf.

Anfang Mai kommt der Dokumentarfilm „The Forecaster“ auch in die deutschen Kinos. Es wird das Leben von Martin Armstrong gezeigt. Mithilfe von Computermodellen wagte er Aussagen über Börsencrashes, z.B. den von 1987 u.a.m. 1999 inhaftierte man ihn und er saß 7 Jahre in Haft, weil er das Gericht nicht anerkannte. Er sollte gezwungen werden, über seine Anwälte Aufnahmen, Telefonate und dergleichen herauszugeben, bei denen es um Manipulationen internationaler Geldgeschäfte ging. Mit seinen Computerprogrammen sagte er angeblich punktgenau den Kollaps des Nikkei 1989 und die Russlandkrise 1998 voraus. Gemäß seiner Analysen soll ca. alle 9 Jahre eine größere Wirtschaftskrise ausbrechen. Für Mitte Oktober diesen Jahres sagt er den Crash der Staatsanleihen voraus. Hinzu kommt, dass die Federal Reserve (FED) die Zinssätze anhebt. Das würde ein Einbrechen des Euro nach sich ziehen. Vor Einführung des Euro wurde er von der EU-Kommission nach seiner Meinung gefragt. Als Antwort gab er, dass zu-

nächst die Schulden konsolidiert sein müssten, um eine stabile Währung zu erreichen. Die derzeitige Eurokrise zeigt, dass der Euro keine starke Konkurrenz zum US-\$ ist. Armstrong ist der Ansicht, dass die Inflationsangst der Deutschen und das Festhalten am Sparkurs das Euroland auseinanderreißen. Jedes Land hat seine historischen Antipathien. Was für die USA die Deflation ist, ist die Inflationsangst bei den Deutschen.

Wenn man heute ein Jahr zurück blickt, hat der Euro gegenüber dem US-\$ massiv abgewertet. Ausschlaggebend war die Geldpolitik der EZB. Stärkere Konjunkturdaten der USA, sowie die Politik des leichten Geldes seitens der EZB, werden zu einer anhaltenden Euroabwertung führen. Experten rechnen für Ende dieses Jahres mit einer US-\$ - Euro - Parität. Im Laufe des nächsten Jahres allerdings könnte der Wert des US-\$ den des Euro sogar übersteigen.

The Governance Report 2015 zeigt, dass die Eurokrise Europa nicht zusammen schweißt, sondern auseinander treibt. Die Menschen, namentlich in den Peripherieländern, verlieren das Vertrauen in die EU, sowie in die Politik. In 2015 stehen in vielen Ländern Wahlen an und die europakritischen Gruppierungen sind auf dem Vormarsch. Die Bürger der Krisenländer machen die Europapolitik zum Sündenbock für ihre selbstverschuldete Misere. Eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame politische Unterstützung können kein einheitliches Europa ergeben. Die gravierenden Unterschiede in den einzelnen Euroländern führen zu Konflikten und im Extremfall zur Eskalation der europäischen Integrität.

Nach wie vor ist Griechenland ein Pulverfass. Wenn man am Tropf der EU hängt, ist ein Flirt mit Moskau völlig unangebracht. Griechische Politiker sollten endlich aufwachen und erkennen, dass Griechenlands Zukunft nur in Europa liegen kann. Dazu sind Reformen nötig und man sollte bei der überbordenden Bürokratie anfangen, die viele griechischen Initiativen im Keim erstickt. Die Steuerverwaltung und das Gerichtswesen müssen dringend verbessert werden. Es gibt viele (auch deutsche) Rentiers, die ihr Wissen vor Ort einbringen würden. Es muss mit den Frühpensionen griechischer Beamter dringend ein Ende nehmen und dem Steuerbetrug muss der Kampf angesagt werden. Nur mit Wirtschaftswachstum wird Griechenland einen Überschuss erarbeiten. Wenn die griechischen Politiker mit Brüssel und Berlin weiterhin ein Spiel mit „gezinkten Karten“ spielen wollen, wird die nächste Milliardentranche wohl auf sich warten lassen. Wie sagte vor einigen Tagen der EU-Währungskommissar Pierre Moscovici, als er Griechenland zur Vorlage einer Reformliste aufforderte: „Ich habe keinen Plan B. Ich habe nur einen Plan A, der darin besteht, dass Griechenland in der Eurozone bleibt.“ Sollte Griechenland allerdings von Russland eine Vorauszahlung auf den Pipeline-Deal in Höhe von 5 Milliarden Euro bekommen, ist eine Isolation in der EU vorprogrammiert.

Ein „Grexit“ (Austritt Griechenlands aus der EU) würde weitere Briten beflügeln, sich nicht mehr zur Europäischen Union zu bekennen. Am 07.05.2015 sind Wahlen zum Unterhaus und der Austritt der Briten aus der EU wird ein wichtiges Wahlkampfthema.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

In unserer Information vom letzten Monat hatten wir angedeutet, dass mehrere europäische Hersteller Beschwerde beim Stahldachverband EUROFER eingebracht haben. Als Ergebnis wurden im Amtsblatt der Europäischen Union die Anti-Dumping-Zölle für die einzelnen Hersteller aus China und Taiwan bekanntgegeben. Sie liegen zwischen 10,9 und 25,2%. Es ist wahrscheinlich, dass diese Hersteller aktuell als Anbieter für den europäischen Markt ausfallen. Befristet sind die Zölle zunächst auf ein halbes Jahr.

2013 kaufte Outokumpu ThyssenKrupp Nirosta. Eingeschlossen war VDM mit Sitz in Werdohl. Auf Grund einer anschließenden finanziellen Schieflage der Finnen musste Krupp VDM wieder zurücknehmen. Jetzt hat man einen Käufer gefunden – nämlich den Finanzinvestor LGV (Lindsay Goldberg Vogel). Dieter Vogel war früher in der Chefetage von Thyssen tätig. Über den Kaufpreis herrschte Stillschweigen. Da allerdings in den Konzernbüchern von ThyssenKrupp VDM höher bewertet als letztendlich gezahlt wurde, musste man weitere ca. 100 Millionen Euro abschreiben. VDM fertigt Spezialstähle und -legierungen. Trotz erheblicher Überkapazitäten will man weiter im Edelstahlmarkt investieren.

Das Edelstahl Rostfrei – Geschäft ist derzeit absolut nicht zum Jubeln. Werkseitig versucht man angestrengt, Preiserhöhungen durchzusetzen, die verbunden werden mit Lieferzeitverlängerungen. Bei Standardmaterial ex Lager gibt es teilweise bereits Engpässe.

Die Rohstoffmärkte

Im nächsten Kapitel dieses Rundschreibens ist die Nickelpreisentwicklung der vergangenen Monate aufgeführt. Wir liegen in etwa auf einem 6-Jahres-Tief. Ob die Talfahrt noch weiter geht, bleibt abzuwarten. 65% des Nickels werden zur Herstellung von Edelstahl verwendet. Sollte der hohe Nickelbestand an der LME nicht abgebaut werden, ist nicht mit Preisveränderungen nach oben zu rechnen. Die Prognose der „Fachleute“, die für Ende dieses Jahres eine Nickel-Unterdeckung im Verhältnis zum Angebot voraussagen, kann aus dieser Sicht wohl nicht ernst gemeint sein.

Chromstahlpreise wurden für das 2. Quartal auf dem Niveau des 1. Quartals festgelegt. Das führt zu einer leichten LZ-Erhöhung im Mai.

Der Preis für Molybdän ist zwar sehr gering, hat aber keine großartigen Ausschläge nach oben oder unten.

Da die meisten Rohstoffpreise in US-\$ abgerechnet werden, ist bei der aktuellen Parität keine Euphorie bei den Anbietern zu erkennen.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
02.02.2015	1.133	15.050	15.125	424.974	1.332	1.726
02.03.2015	1.134	13.915	13.980	424.932	1.233	1.467
01.04.2015	1.077	12.330	12.425	432.996	1.163	1.727
21.04.2015	1.076	12.770	12.780	433.962	1.193	1.617

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2014 €/to	Höchste LZ 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
4016	04/14 - 406	10/14 - 473	439	455	458	466	483							
4113	04/14 - 534	10/14 - 661	575	598	596	596	623							
4301	01/14 - 997	10/14 - 1.444	1.327	1.292	1.324	1.320	1.273							
4310 *)	01/14 - 934	10/14 - 1.337	1.229	1.200	1.229	1.226	1.186							
4310Mo*)	01/14 - 999	10/14 - 1.433	1.289	1.267	1.291	1.282	1.251							
4404	01/14 - 1.476	10/14 - 2.190	1.928	1.891	1.923	1.897	1.852							
4521	04/14 - 732	10/14 - 922	782	811	805	797	835							
4539	01/14 - 2.661	10/14 - 4.089	3.588	3.492	3.556	3.500	3.390							
4571	01/14 - 1.496	10/14 - 2.225	1.959	1.921	1.955	1.928	1.881							

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Zuschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2014 €/to	tiefst 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 400	Dez. 330	330	360	380	390								
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.350	Dez. 1.050	1.080	1.050	1.200	1.200								
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	Mai 1.760	Dez. 1.490	1.500	1.530	1.680	1.650								

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team